

Parlamentarischer Vorstoss

2025/586

Geschäftstyp: Motion
 Titel: **2028**
 Urheber/in: Florian Spiegel
 Zuständig: —
 Mitunterzeichnet von: —
 Eingereicht am: 10. Dezember 2025
 Dringlichkeit: —

Ende November 2025 hat Russland einem Staatshaushalt von rund 410 Milliarden Euro zugestimmt, was einem neuen Höchstwert entspricht. Der höchste Anstieg betrifft dabei die Ausgaben für die Streitkräfte, welche eine Erhöhung um ziemlich genau 30 Prozent erfahren. Das Militär erhält damit ein Budget von umgerechnet 135 Milliarden Euro, was einen neuen Rekord darstellt. Zählt man den Bereich Sicherheit und Militär zusammen sind dies 40 Prozent des Staatshaushaltes. Parallel dazu wurde im Herbst die Truppenstärke um nochmals um 135'000 Soldaten erhöht und verfügt, dass die Einberufungs- und Musterungsstellen nun das ganze Jahr über für die Rekrutierungen im Frühjahr und Herbst arbeiten. Russland wird somit in naher Zukunft seine Streitkräfte auf 1,5 Millionen Soldaten, respektive 2,4 Millionen Armeeangehörige erhöht haben, was bei den Soldaten einer Zunahme von 500'000 Soldaten entspricht, ohne dabei die Verluste des Ukrainekrieges zu berücksichtigen. Dies ist nur der deutlichste Auszug einer Reihe von Entwicklungen die bei uns in der Schweiz nach wie vor unter dem Radar der Gesellschaft und Medien bleiben. Das Kommando Operationen der Armee, der Nachrichtendienst des Bundes und die diversen Stäbe rechnen mit der operativen Einsatzbereitschaft der russischen Streitkräfte und einem möglichen Angriff auf den Westen im Jahr 2028. Die Entwicklungen der letzten Monate zeigen lehrbuchmässig das Testen und Auskundschaften des Gegners und seiner Infrastruktur im Vorfeld von geplanten Aktionen. Dies sind sowohl Störungen durch Drohnen an zivilen wie auch militärischen Flugplätzen, Cyberangriffe auf Infrastrukturen wie Wasser- und Stromversorgung, das Überschreiten von Grenzen des Luftraumes und vieles weitere. Der Mensch darf zwar auf das beste Hoffen aber muss das Schlimmste erwarten. Deshalb ist mit einer Eskalation des Krieges Richtung Westen ab 2028 zu rechnen.

Der Regierungsrat wird beauftragt:

- Eine Strategie und Massnahmen zu einem mögliche Kriegsszenario 2028 zu erarbeiten und dem Landrat vorzulegen.
- Die vollständige Einsatzbereitschaft seiner Zivilschutzunterkünfte bis 2028 zu erlangen.
- Die Sanitätshilfsstellen bis 2028 wieder vollumfänglich in Betrieb zu nehmen und dies auf den aktuellen medizinischen Standards.
- Der JSK halbjährlich über den Umsetzungsstand zu berichten.

Für die Vorlage wird eine verkürzte Frist von 3 Monaten beschlossen.